

Interfraktioneller Antrag:

"Von der Stadtverwaltung wird beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) ein Antrag für ein Modellprojekt zur kontrollierten und lizenzierten Abgabe von Cannabisprodukten gestellt.

Ein entsprechendes Forschungsprojekt wird nach Möglichkeit in Zusammenarbeit mit der Uni Tübingen geplant und durchgeführt.

Die Stadt bereitet im Vorfeld dieser Antragstellung einen "Runden Tisch Cannabis " mit Experten vor. An diesem sollten möglichst Suchthilfeexperten, Sozialarbeiter, Mediziner, Psychologen, Polizei und auch engagierte BürgerInnen, die sich in die Thematik eingearbeitet haben, teilnehmen."

Begründung:

- **Das Ziel** einer solchen Initiative ist es nicht, den Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt Drogen im Supermarkt anzubieten oder Kokainautomaten im Pausenhof von Schulen aufzustellen, sondern einen regulierten und kontrollierten Markt zu schaffen. Dadurch wird dem Schwarzmarkt der Kampf angesagt und gegen Erpressung und mafiöse Strukturen vorgegangen.

Den Drogen soll ihre Attraktivität und der Drogenszene ihr Reiz genommen werden.

- **Statistiken** zeigen, dass in manchen Staaten der USA sowie in Uruguay der Cannabis-Konsum nach der Freigabe tendenziell zurückgegangen ist. Auch aus den Niederlanden und Portugal kennt man solche Zahlen.

- **Die Zerstörung des Schwarzmarktes** hätte auch gesundheitliche Vorteile. Ein „Reinheitsgebot“ für Cannabisprodukte würde dafür sorgen, dass gepanschtes Material nicht mehr auf den Markt kommt und so prinzipiell gesundheitliche Schädigungen abmildert.

- **Cannabiskonsum** darf nicht verharmlost werden. Genauso wie beim langanhaltenden Alkoholkonsum werden auch hier psychische, körperliche und soziale Störungen erzeugt. Suchtkranke Cannabiskonsumenten haben allerdings das Problem, dass durch die Illegalität der Produkte und des Konsums die Gefahr der Verelendung größer ist.

- **Aufklärungsfunktion:**

Ein „Runder Tisch Cannabis“ hätte auch eine pädagogische Funktion.

Anstatt einfach den Konsum pauschal zu kriminalisieren, kann die Öffentlichkeit darüber aufgeklärt werden, inwiefern die Produkte Schaden zufügen oder inwiefern sie bei bestimmten Krankheiten auch einen medizinischen Nutzen haben können.

- **Für die Stadt Tübingen** ist ein solches Pilotprojekt in Zusammenarbeit mit der Universität Tübingen sicherlich ein Alleinstellungsmerkmal mit Modellcharakter.

Tübingen könnte Vorreiter in der Drogenaufklärung, Suchtbekämpfung wie auch im Kampf gegen einen illegalen, mafiösen Handel sein.

- **Grundsätzlich gilt:**

Die Bereitschaft Drogen legal zugänglich zu machen bedeutet nicht den Verzicht auf notwendige Rahmenbedingungen wie Präventionsmaßnahmen, Aufklärung und Alternativangeboten.

Pressestimmen zum Thema:

- **„Eine neue Drogenpolitik ist fällig“** (Schwäb. Tagblatt, 23.01.2015)

Keine Kiffer, sondern 122 Strafrechtsprofessoren aus ganz Deutschland, unter ihnen der Tübinger Krimologe Jörg Kinzig, fordern eine längst überfällige neue Drogenpolitik.

- **„Ein Modellversuch für Tübingen“** (Schwäb. Tagblatt, 09.02.2015)

Die Bezirksversammlung Kreuzberg-Friedrichshain stimmte mit einer breiten Mehrheit aus SPD, Grünen, Linken und Piraten für die Einrichtung einer staatlichen Abgabestelle für Marihuana im Rahmen eines Modellversuchs.

In Tübingen ist solch ein Versuch nicht auf der Tagesordnung, obwohl es in der Unistadt eine geballte wissenschaftliche Fachkompetenz, von der Suchtforschung bis zu aufgeschlossenen Juristen gibt, um einen Cannabis-Modellversuch auch hier zu begleiten.

Was bisher fehlt ist der Mut von Verwaltung und Gemeinderatsfraktionen es zu tun.

- **„Einiges spricht für die Legalisierung“** (Schwäb. Tagblatt, 23.01.2015)

Die Tübinger Suchtmedizinerin Friedericke Wernz fragt sich, ob die strafrechtliche Verfolgung eines Süchtigen wegen krankheitsbedingtem Verhalten heute noch zeitgemäß und überhaupt human ist.

- **„Knast für 1,6 Gramm“** (Schwäb. Tagblatt, 04.07.2015)

Ein nicht vorbestrafter 21-jähriger musste wegen 1,6 gr Cannabis (Gegenwert 25 €) für eine Woche in den Knast, bekam 1 Jahr Aufenthaltsverbot für den Alten Botanischen Garten und eine zweimonatige Freiheitsstrafe auf Bewährung.

Fazit: Diese Keule der Kriminalisierung ist unverhältnismässig!

- **„Konsumräume für Drogen gefordert“ (Südwestpresse, 21.07.2015)**

Der Bundesverband der Eltern und Angehörigen für akzeptierende Drogenarbeit, die Deutsche Aidshilfe und die Deutsche Gesellschaft für Suchtmedizin u.a. setzen sich für die flächendeckende Einrichtung von Drogenkonsumräumen ein.

In Baden-Württemberg und Bayern sind bisher keine derartigen Vorhaben umgesetzt.

AL/Grüne-Fraktion: Bruno Gebhart

Stadtrat Markus Vogt (fraktionslos)

Stadtrat Jürgen Steinhilber (fraktionslos)

Linke-Fraktion: Gerlinde Strasdeit